

Deutscher Bundestag

Stenographischer Bericht

15. Sitzung

Berlin, Mittwoch, den 18. Dezember 2002

Tagesordnungspunkt 2:

Fragestunde

(Drucksache 15/177)

1127 D

Genehmigung weiterer finanzieller Mittel für Europol im Rahmen der Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung durch den Rat der Europäischen Union

MdIAnfr 15 **Petra Pau** fraktionslos

Antw PStSekr Fritz Rudolf Körper BMI

1139 B

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Wir kommen zu Frage 15 der Abgeordneten Petra Pau, fraktionslos:

Hat der Rat der Europäischen Union auf Vorschlag der Gruppe „Terrorismus“ und der Mitgliedstaaten, die dem Verwaltungsrat von Europol angehören, zur Finanzierung bestimmter Maßnahmen von Europol im Rahmen der Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung seit dem 11. September 2001 weitere besondere Mittel beschlossen und, wenn nicht, warum wurden diese Mittel nicht beschlossen?

Fritz Rudolf Körper, Parl. Staatssekretär beim Bundesminister des Innern:

Frau Pau, bei dem in Ihrer Frage angesprochenen Vorschlag zur Finanzierung bestimmter Maßnahmen von Europol im Rahmen der Zusammenarbeit bei der Terrorismusbekämpfung handelt es sich um einen Vorschlag der EU-Kommission und nicht etwa – das ist ganz wichtig – der Mitgliedstaaten oder der Ratsgruppe „Terrorismus“. Der Kommissionsvorschlag sieht für bestimmte Maßnahmen von Europol zur Terrorismusbekämpfung eine Finanzierung aus dem EU-Haushalt vor. Dies würde gegen das in Art. 35 des Europol-Übereinkommens festgeschriebene Prinzip der Finanzierung von Europol aus Beiträgen der Mitgliedstaaten verstoßen. An diesem Prinzip will die Mehrzahl der Mitgliedstaaten – ich bekenne freimütig: auch wir – festhalten. Der Kommissionsvorschlag wurde dem Rat bislang nicht zur Beschlussfassung vorgelegt. Okay?